

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 16. Mai 2022; Bericht

Am 16. Mai 2022 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Westbalkan und Russlands Aggression gegen die Ukraine. Darüber hinaus fand ein informeller Austausch mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba und der kanadischen Außenministerin Mélanie Joly statt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurde vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell, Lateinamerika, EU-Unterstützung für Palästina, türkische Verletzungen des griechischen Luftraums sowie Äthiopien angesprochen.

Bei der Diskussion zum Tagesordnungspunkt Westbalkan habe ich gemeinsam mit meinen Amtskollegen aus Tschechien und Slowenien die Notwendigkeit betont, dem Destabilisierungspotential Russlands innerhalb der Region entgegenzuwirken. Dies könne am besten durch eine wirklich glaubwürdige Beitrittsperspektive gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang habe ich daher die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien sowie die Visaliberalisierung für Kosovo gefordert. Der Erweiterungsprozess produziere seit Jahren keine nennenswerten Ergebnisse, die Herangehensweise der EU müsse deshalb überdacht werden, um diesen effektiver und greifbarer vor allem für die Bevölkerung in den betroffenen Staaten zu machen.

Beim Tagesordnungspunkt russische Aggression gegen die Ukraine verwies HV/VP Josep Borrell eingangs auf die EU-Unterstützung aus der Europäischen Friedensfazilität (EFF) und informierte über die Arbeiten am sechsten Sanktionspaket, den diplomatischen Outreach zu Drittstaaten sowie über den in Ausarbeitung befindlichen EU-Aktionsplan zu globalen Auswirkungen der russischen Aggression. Die EU-Mitgliedstaaten gingen in ihren

Wortmeldungen insbesondere auf Sanktionen, die EU-Unterstützung für die Ukraine, Wiederaufbau, Rechenschaftspflicht, Ernährungssicherheit sowie den EU-Beitrittsantrag der Ukraine ein.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu einem strategischen Ansatz zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

18. Juli 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister